

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Diana Golze, Petra Pau, Klaus Ernst, Karin Binder, Jörn Wunderlich, Frank Spieth, Elke Reinke, Jan Korte, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Fortführung und Verstetigung der Programme gegen Rechtsextremismus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem Jahr 2001 gibt es das vom Bund finanzierte und im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) angesiedelte Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Durch die Teilprogramme Civitas, Entimon und Xenos wurden seit 2001 über 4 000 Projekte unterstützt, die sich mit den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinandergesetzt haben, und deren Nachhaltigkeit durch die begleitende Evaluation und die wissenschaftliche Begleitforschung dokumentiert ist.

Die erschreckend starke Zunahme rechtsextremer Straftaten 2005, ausgehend von einem ohnehin schon sehr hohen Niveau, die weitere Verfestigung von rechtsextremen Strukturen in zahlreichen Regionen des Landes und die stetigen Zugewinne für Parteien der extremen Rechten zeigen, dass die durch die Bundesprogramme unterstützte Arbeit gegen Rechtsextremismus weiterhin dringend notwendig ist.

Durch das Auslaufen des Bundesprogramms Ende des Jahres 2006 sind diese Strukturen in ihrem Bestand gefährdet. Über finanzielle Probleme hinaus besteht für die Beschäftigten/sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Programme die existenzielle Notwendigkeit, sich neue Arbeitsmöglichkeiten zu suchen. Das Ende laufender Projekte wird so möglicherweise beschleunigt oder sogar faktisch vorgezogen. Die aktuellen Diskussionen im BMFSFJ über die mögliche Auflage eines neuen Programms mit einer zunächst geplanten Ergänzung und Akzentverschiebung auf die Themen Linksextremismus und religiöser Extremismus haben die Verunsicherung innerhalb der Projekte noch verstärkt. Alle wissenschaftlichen Erkenntnisse und auch die Beobachtungen der Verfassungsschutzämter weisen den Rechtsextremismus als die wesentliche aktuelle Gefahr für die Demokratie aus. Ein Erhalt erfolgreicher Projekte und die eindeutige Fokussierung auf die Gefahr des Rechtsextremismus bleiben daher unabdingbar.

Insbesondere die über das Programm Civitas geförderten Strukturprojekte „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“, „Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt“ und „Netzwerkstellen“ haben in den vergangenen Jahren zu einer Verstetigung und Professionalisierung der Arbeit gegen Rechtsextremismus geführt. Im Entwurf des BMFSFJ für ein neues Bundesprogramm tauchen diese Projekte überhaupt nicht mehr auf. Ihr Wegfall würde das Ende der begleitenden

Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt, das Ende der meisten fachspezifischen Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer und Lehrerinnen und Menschen aus der Jugendarbeit und das Ende der systematischen Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus bedeuten. Eine über fünf Jahre aufgebaute professionelle Beratungsstruktur steht damit zur Disposition.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in direkter Nachfolge zu den Bundesprogrammen Civitas und Entimon ist ab dem Jahr 2007 ein neues Bundesprogramm zur Förderung von Initiativen und Projekten aufzulegen, die sich, der aktuellen Situation entsprechend, ausschließlich mit den Gefahren von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt befassen;
2. für dieses Bundesprogramm hat die Bundesregierung ab dem Jahr 2007 insgesamt mindestens das bisherige Fördervolumen von jährlich 19 Mio. Euro bereitzustellen. Bei einer Ausweitung der Aufgaben ist dieser Betrag entsprechend zu erhöhen;
3. sicherzustellen, dass vor einem Programmstart verbindliche Zusagen von den beteiligten Ländern und Kommunen für eine begleitende Finanzierung des neuen Aktionsprogramms gemacht werden;
4. für die bisher über das Bundesprogramm Civitas geförderten Strukturprojekte „Mobile Beratungsteams“, „Beratung von Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in den neuen Bundesländern“ und „Vernetzung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Gemeinwesen“ sowie für die Koordination dieser Projekte eigenständige finanzielle Mittel mindestens in der Höhe wie 2006 bereitzustellen. Die Bewirtschaftung der entsprechenden Mittel ist nach ihrer Bewilligung an eine geeignete Institution des Bundes in einer Weise zu übertragen, die es erlaubt, die Förderung der entsprechenden Projekte als dauerhafte Aufgabe des Bundes zu etablieren;
5. bis zum Ende des Jahres 2006 ein Konzept zur Ausweitung der unter den Nummern 1 und 4 genannten Förderbereiche auf ausgewählte Regionen Westdeutschlands zu entwickeln und die entsprechenden Finanzmittel für diese Ausweitung bereitzustellen;
6. für das weiterhin vom BMFSJF bewirtschaftete Fördervolumen eine Konzeption zu entwickeln, die sicherstellt, dass es zu keinerlei Kürzungen bei der Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus kommt, solange es den entsprechenden Förderbedarf gibt.

Berlin, den 18. Mai 2006

Ulla Jelpke
Diana Golze
Petra Pau
Klaus Ernst
Karin Binder
Jörn Wunderlich
Frank Spieth
Elke Reinke
Jan Korte
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Mit dem Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wurde ein Teil der Maßnahmen umgesetzt, die in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS in der 14. Wahlperiode gefordert wurden (Bundestagsdrucksache 14/5456). Grund war das anhaltend hohe Potenzial rechtsextremer Gewalt und Organisation: Seit 1990 wurden mehr als 100 Menschen durch rechtsextreme Schläger umgebracht. Rechtsextreme Gewalt verstetigte sich auf einem hohen Niveau.

Die Gefährdungen durch den Rechtsextremismus haben seit dem Start des Programms keineswegs nachgelassen, im Gegenteil: In zahlreichen Regionen Ostdeutschlands, aber genauso in westdeutschen Regionen lässt sich eine zunehmende Verfestigung rechtsextremer Strukturen beobachten. Regionale Dominanzräume von Rechtsextremisten bestehen sowohl in manchen Stadtteilen und Dörfern wie auch in zahlreichen Jugendeinrichtungen. Über die stark angestiegene Zahl rechtsextremer Musikveranstaltungen werden insbesondere Jugendliche an die Szene herangeführt. Das Zusammenwirken von NPD und so genannter Kameradschaftsszene hat die Mobilisierungsfähigkeit der extremen Rechten in vielen Regionen erhöht. Seit den Wahlen in Sachsen und Brandenburg sehen sich auch die rechtsextremen Wahlparteien in einem Aufschwung. Nach wie vor hält die vom Rechtsextremismus ausgehende Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten, gegen Linke, Homosexuelle, Obdachlose und andere Gruppen auf einem hohen Niveau an.

Trotz dieser anhaltenden Gefährdungslage gibt es zahlreiche ermutigende Zeichen von antifaschistischem und bürgerschaftlichem Engagement, das nicht zuletzt durch die über das Programm Civitas geförderten Strukturprojekte unterstützt wird. Insbesondere durch diese Projekte haben sich in Ostdeutschland seit 2001 feste Strukturen etabliert, die eine professionelle Arbeit vor Ort gewährleisten. Mit den Mobilien Beratungsteams, den Opferberatungsstellen und den Netzwerkstellen wurde ein Netz von Initiativen geschaffen, das den besonderen Anforderungen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland Rechnung trägt. Diese Strukturprojekte sind regional verankerte Anlaufstellen und wichtige Kristallisationspunkte zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in zahlreichen Regionen Ostdeutschlands. Initiativen, Kommunen, Schulen und Jugendeinrichtungen vor Ort greifen auf die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Projekte zurück, ohne die in manchen Regionen die wenigen Aktiven auf verlorenem Posten stünden.

Diese erfolgreiche Arbeit gilt es auf ausgewählte Regionen Westdeutschlands auszuweiten, um auch hier einer sich verfestigenden extremen Rechten substanzielles entgegenzusetzen. Die mittelfristige Ausweitung von professionellen Arbeitsstrukturen auf ausgewählte Regionen Westdeutschlands ist für eine nachhaltige Bekämpfung des Rechtsextremismus unabdingbar. Dieses Vorhaben ist dringlicher als eine fachlich nicht solide begründbare Verwendung der vorhandenen Fördermittel für die Beschäftigung mit Islamismus und Linksextremismus.

Die wissenschaftliche Begleitforschung zum Programm Civitas und die Rückmeldungen aus den Bundesländern zeigen, dass die professionelle Beratungsarbeit der Strukturprojekte ein unverzichtbarer Bestandteil des Engagements gegen Rechtsextremismus ist. Eine solche Arbeit kann jedoch nur langfristig Wirkungen erzielen, setzt sie doch eine Etablierung in den jeweiligen Regionen und ein Vertrauensverhältnis zu den regional Handelnden voraus. Um dies zu gewährleisten, ist eine Verstetigung dieser Projekte erforderlich, die die von konjunkturellen Wellen gekennzeichnete Beschäftigung mit dem Thema

Rechtsextremismus durch eine dauerhafte Arbeit ablöst. Die aufgebauten Kompetenzen und Strukturen müssen erhalten werden.

Die Gründe für den sich verstetigenden Rechtsextremismus und die mit ihm einhergehenden Einstellungsmuster sind vielfältig und keineswegs auf Ostdeutschland beschränkt, wenngleich hier eine besondere Situation festzustellen ist. Die Befunde etwa von Wilhelm Heitmeyer u. a. (Deutsche Zustände) zeigen eine Zunahme an autoritären, demokratiskeptischen und Minderheiten ausgrenzenden Positionen. In Verbindung mit einer sich weiter verschärfenden sozialen Lage für viele Menschen und der damit verbundenen Zukunftsangst entwickelt sich ein Potenzial, das für die extreme Rechte ansprechbar ist. Diese Entwicklungen können von den gegenwärtig arbeitenden Projekten gegen Rechtsextremismus nicht beeinflusst werden. Der Maßstab für den Erfolg ihrer Arbeit kann deshalb nicht an der allgemeinen Entwicklung der extremen Rechten, sondern nur an der Entwicklung demokratischen Engagements in den Regionen gemessen werden, in denen die Projekte arbeiten. Die tiefer liegenden, vor allem auch die sozialen Ursachenkomplexe für den Rechtsextremismus müssen Gegenstand einer umfassenden politischen Auseinandersetzung werden

Diese von der Politik zu bearbeitenden Ursachenkomplexe des Rechtsextremismus, – zu denen sicher auch die immer prekärere soziale Lage für zahlreiche Menschen in unserem Land zählt –, lassen sich auch für große Teile Westdeutschlands ausmachen. Auch hier verzeichnet die extreme Rechte Erfolge, auch hier gibt es ein dichtes Netz von rechtsextremen Strukturen. Rassistische Gewalt und die Verfestigung der rechtsextremen Szene machen auch hier ein dauerhaftes und finanziell abgesichertes Engagement notwendig.